

Zunehmende Krisenverflechtung

Der Nahe Osten im Gesamtzusammenhang der Weltpolitik

von Maximilian Terhalle

Der Nahe und Mittlere Osten bestimmt mit seinen Krisenherden Irak, Iran, Libanon und Afghanistan gegenwärtig die Weltnachrichten. Fundierte historische Erklärungen sind jedoch rar. Der renommierte Politologe Fred Halliday hat nun ein Standardwerk veröffentlicht.



Fred Halliday:
The Middle East in International Relations: Power, Politics and Ideology.
Cambridge University Press,
New York 2005.
374 Seiten,
\$ 65,00.

Fred Halliday, Professor für Internationale Beziehungen an der London School of Economics und einer der renommiertesten Kenner des Nahen Ostens, hat mit „The Middle East in International Relations“ sein Opus Magnum vorgelegt. Das Werk ist in vier Teile und zehn Unterkapitel gegliedert. Im ersten Kapitel „Concepts, Regions and States“ stellt er zunächst die gängigen Politiktheorien in Bezug auf den Nahen Osten dar. Während die rein historisch-narrative Analyse nach Halliday die Frage offen lässt, wessen Geschichte eigentlich geschrieben wird, lasse der realistische Ansatz die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft sowie transnationale Faktoren unberücksichtigt. Kritisch äußert sich Halliday auch über den Konstruktivismus, der das Handeln der Entscheidungsträger aus deren Werten und Perzeptionen erklärt, nationale Interessen und materielle Faktoren jedoch übersieht.

Im zweiten Kapitel erkennt Halliday in der Verschmelzung der „historical sociology“ und der „foreign policy analysis“ den wichtigsten Ansatz zur Erklärung der internationalen Beziehungen des Nahen Ostens. Er betont die Bedeutung der Autonomie des Staates „gegenüber solchen Theorien, die von der völligen Fremdbestimmung innenpolitischer Ereignisse ausgehen“. Im Kontext der Staatsgründungen in der Folge des Ersten Weltkriegs (Türkei, Iran, Saudi-Arabien, Jemen) geht er überzeugend und ausgewogen auf die – je nach Staat un-

terschiedlichen – Begrenzungen ein, die der Außenpolitik durch bürokratische Interessen, öffentliche Meinung, ökonomisches Potenzial, Demographie, politische Kultur und äußere Grenzen auferlegt sind.

Säkularisierung trifft auf Widerstand

Im zweiten Teil des Buches beschäftigt sich Halliday mit der Geschichte der Region seit dem 17. Jahrhundert. Wie zu erwarten, erhält der Leser keineswegs eine deskriptive Chronologie. Vielmehr kommt der oben erwähnte doppelte Ansatz zum Tragen. Halliday bietet die These an, dass „Beziehungen zwischen den Staaten der Region bzw. zu Staaten außerhalb der Region im Zeitraum von 1918 bis 1939 für die spätere historische Entwicklung weniger wichtig gewesen sein könnten als das Geschehen *innerhalb* der Staaten“. (Hervorhebung im Original.) Vier innenpolitische Entwicklungsstränge benennt Halliday. Erstens: die Einführung nationalstaatlicher Administrationen, die mithilfe von Armeen mit wachsendem politischen Willen die Kontrolle des Staatsgebiets in einem bis dato unbekanntem Ausmaß erlaubten und Arbeitsplätze schufen. Zweitens: die Schaffung einer nationalen Identität, die historische Rechte reklamierte und sich bald gegen ehemalige aber noch faktische Kolonialherren richtete. Erziehung und Militärdienst waren geeignete Mittel, diese Haltungen zu stärken. Drittens: Die Staatsführungen strebten eine Säkularisierung nach europä-

ischem Vorbild an. Zweck dieser Anstrengungen war aber nicht „Toleranz zwischen verschiedenen Glaubensgemeinschaften oder eine zivile und rechtliche Sphäre, die vom Staat unabhängig ist. *Säkularisierung war vor allem ein Mittel, mit dem Staaten ihre Macht ausbauen:* Damit wollten diese Staaten eine konkurrierende Macht brechen, nämlich die ‚ulema‘ in der arabischen Welt oder die der Mullahs im Iran.“ (Hervorhebung im Original.) Nach dieser wichtigen Feststellung, die erkennen lässt, warum liberale Strömungen der zwanziger und dreißiger Jahre bald untergingen, nennt Halliday als Viertes: den Widerstand der Bevölkerung gegen diese Säkularisierung.

Zusammengefasst: Der gegen die Kolonialmächte gerichtete Nationalismus, die Enttäuschung über den „Betrug“ hinsichtlich eines palästinensisch-arabischen Staates, die Staatsgründungen und der Widerstand gegen die Säkularisierung „produzierten ein Umfeld, in dem zahlreiche soziale und politische Bewegungen entstanden“. Die außenpolitischen Konsequenzen des Sturzes der Monarchien in Ägypten 1952, im Irak 1958 und im Iran 1979 werden von Halliday nicht genannt, liegen aber auf der Hand. Externer Einfluss verändert die Innenpolitik, diese reagiert zunächst ambivalent, radikalisiert Teilgruppen, da kein Raum für demokratische Interessenartikulation zugelassen ist, und führt schließlich den Sturz des Herrschers mitsamt einem Außenpolitikwechsel herbei.

Kalter Krieg und Ungleichzeitigkeit

Das vierte Kapitel behandelt die Ära des Kalten Krieges, der laut Halliday „im Nahen Osten früher zu Ende ging als in allen anderen Weltregionen. Denn seit dem Ausbruch des Iran-Irak-Kriegs 1980 war der Ost-

West-Konflikt nicht mehr der dominierende Faktor der zwischenstaatlichen Beziehungen.“ Grund dafür sei die gemeinsame Unterstützung für Saddam Hussein nach 1982 gewesen. (Afghanistan widerspricht diesem Befund allerdings.)

Der bipolare Konflikt habe die Außenpolitik arabischer Staaten erstaunlich wenig bestimmt. Zwar zeigt Halliday, dass die Weigerung Russlands, sich im März 1946 aus dem iranischen Aserbaidschan zurückzuziehen, beinahe zu einem Krieg geführt hätte. Überdies gab es allein sechs Nationale Sicherheitsstrategien der USA mit Bezug auf den Nahen Osten. Den geringen Einfluss der Blockkonfrontation erkennt Halliday trotz allem erstens daran, dass sich die Landkarte des Nahen Ostens in 40 Jahren nicht verändert hat (sieht man von Israel ab). Zweitens waren während des Kalten Krieges die USA und die UdSSR nicht direkt und aktiv in militärische Konflikte in der Region verwickelt.

Drittens fanden die Satellitensysteme, die Sowjetrussland in Osteuropa installierte, in der Region kein Pendant. Viele arabische sozialistische Regime kopierten zwar die Rhetorik und die Einparteienherrschaft (man denke z.B. an die Baath-Parteien in Syrien und im Irak), aber eine etwa der DDR vergleichbare institutionalisierte Gleichschaltung mit den Interessen der UdSSR gab es – außer im Südjemen – nicht. In diesem Zusammenhang sticht vor allem die Autonomie Ägyptens ins Auge, das weder 1967 noch 1973 nach Moskauer Weisungen handelte.

Was in den bilateralen Beziehungen zu Spannungen führte, hatte wenig mit der globalen Auseinandersetzung zu tun, wie der arabisch-israelische und der iranisch-irakische Krieg zeigen. Auch die Herausbildung islamistisch motivierter Opposition

orientierte sich, wie es Ayatollah Khomeiny formulierte, weder an West noch Ost. Kurz: Ob Militärcoups (z.B. in Ägypten 1952, im Irak 1958) oder der Ausbruch sozialer Bewegungen (z.B. in Palästina nach 1967, im Iran 1978/79, das Auftreten der Hisbollah 1982) – es waren diese „langfristigen Verschiebungen in der Zusammensetzung oder Werteordnung von Gesellschaften, die eine veränderte Außenpolitik entweder ermöglichten oder verhinderten“.

Die Schlüsselereignisse der Region seit den neunziger Jahren waren die Kuwait-Invasion 1990, die israelisch-palästinensische Deklaration 1993, der 11. September 2001 sowie der Irak-Krieg 2003 (und jetzt der Konflikt zwischen Hisbollah und Israel). Halliday spricht deshalb im fünften Kapitel von einer „Greater West Asia Crisis“. Darunter versteht er die „zunehmende Verflechtung regionaler Krisen“. Zu diesem Krisenkomplex gehören neben den Spannungen im Libanon, im Iran, im Irak und in Afghanistan auch die Nuklearwaffenversuche Indiens und Pakistans in Südasien 1998. Hinzu komme eine politisch zunehmend militantere Einstellung der Bevölkerungen, die von Antiamerikanismus geprägt sei und sich bei einer Minderheit als Dschihadismus verselbständigt habe.

Seit 1980, so Halliday, hatten sich weitgehend unabhängig vom Kalten Krieg bilaterale und innergesellschaftliche Spannungen aufgebaut (so in Afghanistan, in Saudi-Arabien, im Irak), die sich jetzt entluden. Es waren also verschiedene Weltzeiten, die seit 1980 in der arabisch-iranischen Welt und in Europa/USA/UdSSR den Takt vorgaben. Diese Situation löste sich 1990 keineswegs in Frieden und Liberalisierung auf. Vielmehr befand sich die betroffene Subregion in einem Zustand, der mit der

politischen, ökonomischen und kulturellen Globalisierung, die der Westen vorantrieb, schwerlich kompatibel war. Halliday spricht hier von „differential integration“.

Interne Ursachen des Terrors

Halliday legt Wert darauf zu betonen, dass der Terrorismus nicht nur in einem strategischen Kontext betrachtet werden sollte, da dieser die Sicht darauf verstelle, dass die Radikalislamisten „primär von Zuständen *innerhalb* ihrer Gesellschaften angetrieben werden und diese zu verändern trachten. Bei all ihrem global formulierten Hass ist es das Hauptziel terroristischer Gruppen, die Macht in ihren eigenen Ländern zu übernehmen.“ (Hervorhebung im Original.) Die Gründe für Terrorismus und Islamismus sieht Halliday vor allem in den sich stetig verschlechternden sozioökonomischen Bedingungen. Diese sind sicher nicht zu vernachlässigen; in seiner tiefsitzenden Abneigung gegen kulturelle Argumente übersieht Halliday jedoch völlig den Stagnationsfaktor der traditionalistischen, vor allem hanbalistischen Islaminterpretation, die im 10./11. Jahrhundert den „itschtihad“ (die freie, rationale Koraninterpretation) verdrängte. Die einzig anerkannte Quelle für Innovationen und Inspirationen ist somit seit langem versiegt. Dieser blinde Fleck ist der wesentliche Kritikpunkt an Hallidays Arbeit.

Das politische Korrelat der ökonomischen Schwäche besteht für Halliday im Fehlen „einer funktionierenden Wirtschaft, einer transparenten öffentlichen Finanzwirtschaft, eines Mindestmaßes an politischer und religiöser Toleranz, der Geltung weltlichen Rechts und vor allem der Garantie, dass verschiedene Interessengruppen nicht einfach übergangen

werden“. Hier wird erkennbar, mit welchen innenpolitischen Langzeitproblemen die Region und der Westen zu kämpfen haben werden.

Im dritten Teil wendet sich Halliday spezifischen analytischen Fragestellungen zu. Das sechste Kapitel, „War, Revolt, Strategic Rivalry“, behandelt die sozialen, ideologischen und politischen Dimensionen der Konflikte in der Region. Der Krieg von 1967 etwa führte auf dem Khartum-Gipfel zum offiziellen Ende des arabischen Nationalismus und wurde so zur Initialzündung für den Islamismus. 1973 griff Sadat Israel an, nicht um eines militärischen Erfolgs willen, sondern „um das Prestige Ägyptens wiederherzustellen und Israel an den Verhandlungstisch zu zwingen“. Innenpolitisch sollte es ihm wenig helfen, außenpolitisch war es der erste Schritt zum Frieden mit Israel. Saddam Hussein ging es 1990 darum, seine innenpolitisch angeschlagene Position durch die Kuwait-Invasion wieder aufzubauen. Halliday fasst zusammen: „Die Kriege des Nahen Ostens entstanden nicht aus rein militärischen oder staatlichen Interessen allein, sondern aus einer Mischung aus innenpolitischem Druck (Unzufriedenheit, Nationalismus) und günstigen außenpolitischen Gelegenheiten, die staatliche Macht auszuweiten.“

Kultur und Ideologie

Im siebten Kapitel wendet sich Halliday einem Thema zu, das ihn schon in früheren Publikationen beschäftigt hat: „Modern Ideologies: Political and Religious“. Um die Wirkung von Ideologien – hierunter versteht Halliday Nationalismus, religiösen Fundamentalismus und politische Alltagskultur – zu verstehen, sei es wichtig, soziologisch auf die Verbindung von Idee und politisch-sozialem Interesse zu achten, zu analysieren – egal, welche

historische Kontinuität nun gerade beansprucht wird –, auf welche Weise Werte der Gegenwart von der Vergangenheit bestimmt werden, und nicht zu vergessen, dass die gegenwärtige Ausprägung der Kulturen nur eine Möglichkeit der Interpretation ihrer Vergangenheit ist. „In den fünfziger und sechziger Jahren proklamierten die meisten arabischen Staaten die arabische Einheit, doch jeder Staat hatte seine eigene Auffassung davon. Dasselbe galt in den achtziger Jahren für die Staatsideologie ‚Islam‘. Saudi-Arabien, Iran ... sie alle errichteten Moscheen und Madrassas, nicht um der Einheit der Umma willen, sondern um die Gläubigen auf die je partikularen Staatsinteressen zu verpflichten.“

Staatsinteresse kann dabei realpolitisch das ideologische Moment jederzeit überwiegen (siehe Iran-Indien: Kaschmir; Iran-China: Xindschiang). Ähnlicher Pragmatismus gilt für die Islamisten, die viel von der antiwestlichen Rhetorik ihrer verhassten nationalistischen Vorgänger übernommen haben: „Sie behaupten, sie wollten zur Vergangenheit und zu der einen, ‚wahren‘ Interpretation von Identität und Gemeinschaft zurückkehren. In Wirklichkeit handelt es sich um moderne Bewegungen, die Elemente der Vergangenheit *auswählen* und *neu formulieren*, um höchst aktuelle Zwecke zu erreichen.“ (Hervorhebungen im Original.) Dies gilt für Khomeiny wie für Bin Laden.

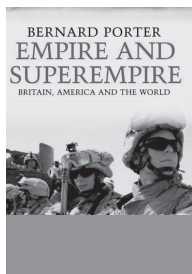
Im achten Kapitel geht Halliday ausführlicher auf die Herausforderung des Staates durch transnationale Bewegungen ein. Im neunten Kapitel vertieft er sein Argument der sozioökonomischen Gründe für die arabische Misere. Der schlechte ökonomische Zustand mit all seinen Implikationen „ist das Hauptmerkmal der nahöstlichen Staaten, wird es auch

noch lange sein und könnte eines Tages deren Überleben in Frage stellen“. Einschränkend sollte man hier sagen, dass dies nicht den Staat als solchen betrifft, denn auch die Islamisten formulieren ihre Ideen, die in wirtschaftlicher Hinsicht ebenfalls keinen Fortschritt andeuten, im Rahmen des Nationalstaats. Betroffen wären die heutigen Eliten und die Brückenköpfe des Patronagesystems.

Hallidays herausragendes Buch besticht durch seine stringente Argumentation und seine Komplexität. Überschneidungen des zweiten und dritten Teiles (Islamismus, Golf-Kriege) sind aufgrund des Aufbaus unvermeidlich, stören aber nicht. Vier kritische Anmerkungen: 1. Die Gründe für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs können gewiss nicht als so regional beschränkt gesehen werden, wie Halliday es tut. Die Konstellation der europäischen Großmächte bleibt sträflich unberücksichtigt. 2. Die osmani-

sehe Herrschaft ist nach Albert Hourani weit stärker für den Ausbruch des arabischen Nationalismus verantwortlich, als Halliday meint. 3. In der Suez-Krise war es die Drohung mit ökonomischen Sanktionen durch die USA gegen Frankreich und England, die deren Rückzug erzwang, nicht Chruschtschows Drohungen (vgl. John Lewis Gaddis: *The Cold War*, 2005, S. 70). Nur diese wurden allerdings publik. 4. Das vorgeblich unabhängige Handeln der studentischen Besetzer der US-Botschaft im Iran 1979 darf sehr angezweifelt werden. Aber dies sind unvermeidliche Fehler, die ähnlich wie gelegentliche laxen Formulierungen und grammatische Eigenwilligkeiten in einem solch großen und substanziellen Werk nicht ins Gewicht fallen.

Dr. Maximilian Terhalle, geb. 1974, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut der DGAP und betreut das Programm Naher und Mittlerer Osten.



Bernard Porter:
Empire and Superempire. Britain, America and the World. Yale University Press, New Haven/CT und London 2006. 211 Seiten, £ 18,99.

Imperialismus mit guten Absichten

Beruht die Politik von Bush und Blair auf einer falschen Geschichtsinterpretation?

von Henning Hoff

Der Historiker des britischen Empire, Bernard Porter, und der Politologe David Runciman betrachten die gegenwärtige Weltpolitik der USA und Großbritanniens in verschiedenen historischen Perspektiven.

Dem US-Präsidenten George W. Bush, dem britischen Premierminister Tony Blair sowie jenem Kreis der Architekten der Nach-„9/11“-Welt, den so genannten Neokonservativen, wird bisweilen mangelhaftes historisches Wissen nachgesagt. Unter den „Neocons“ gelte angeblich allenfalls das Wälzen von Geschichtsbänden über das antike Römische Weltreich als chic – eine Vorliebe, die sie wohl unwissentlich mit den britischen Imperialisten des

19. Jahrhunderts teilen. Wäre das anders, wäre das Diktum des Verteidigungsminister-Philosophen Donald Rumsfeld vom März 2003 vielleicht etwas vorsichtiger ausgefallen als „We don't do Empire“.

Der emeritierte Geschichtsprofessor von der Universität Newcastle und große Kenner des britischen Empire Bernard Porter sieht das anders. In seinem über weite Strecken brillanten, gelegentlich etwas flapsig for-

mulierten Buch „Empire and Superempire“ hält er das alte Britische Weltreich und das neue amerikanische „Superweltreich“ – mit derzeit 702 Militärstützpunkten in 130 Ländern – gegeneinander. Er stellt durchaus einleuchtende Vergleiche an, ohne so weit zu gehen, direkte Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen; die Einsicht in diese Unmöglichkeit ist laut Porter ohnehin die beste Lektion der Geschichte.

Aber sie hilft zur Orientierung: Porter macht zu Recht darauf aufmerksam, dass die zuletzt vielfach auf die amerikanische und britische Politik angewendeten Begriffe von „Empire“ und Imperialismus meist bar tieferen historischen Wissens waren und oft auf vereinfachenden, viel zu generalisierenden und damit falschen Voraussetzungen beruhten.

Eine der beliebtesten: Bis heute ist der Mythos, der in dem zitierten Rumsfeldschen Diktum steckt, weit verbreitet, dass nämlich die Vereinigten Staaten per definitionem gar keine imperialistische Politik betreiben könnten, dass sie vielmehr selbst von Anfang an „antiimperialistisch“ handelten, indem sie sich ja 1776 selbst von der britischen Tyrannei befreit hätten und seitdem das glatte Gegenteil eines „Imperiums“, nämlich die demokratische Befreiung der Menschheit, anstrebten. Selbst viele Historiker (und Kritiker) der US-Außenpolitik weisen in der Regel darauf hin, dass sich diese, selbst wenn sie vielleicht bisweilen doch ein wenig imperialistisch war, sich von allen anderen Imperialismen qualitativ abhebe und Teil des amerikanischen „Exzeptionalismus“ sei.

Das sei ganz und gar nicht so, argumentiert Porter überzeugend: Amerikanischer Imperialismus der letzten 200 Jahre, der eben auch den expansionistischen „langen Marsch nach

Westen“ einschließt (an dem das „Mutterland“ Großbritannien die zwölf Kolonien hindern wollte), war ziemlich gewöhnlich und dem britischen durchaus ähnlich. Außergewöhnlich ist er erst seit dem Ende des Kalten Krieges beziehungsweise den Anschlägen vom 11. September 2001.

Dass dies selten so gesehen wird, liegt auch daran, dass die alten Weltkarten von circa 1910 mit ihren großen, erdumspannenden, hellroten Flächen den Eindruck von direkter und formaler britischer Herrschaft suggerierten, die so nie bestand: Das viktorianische und dann edwardianische Britische Weltreich war ein Flickenteppich, bestehend unter anderem aus dem mit gerade einmal 2000 Kolonialbeamten indirekt „regierten“ Indien, aus längst selbstständigen ehemaligen Siedlungskolonien wie Australien, Handelsposten und ehemaligen „Pflanzungskolonien“ in der Karibik – „erworben“ von „zerstreuten“ oder „geistesabwesenden Imperialisten“, wie Porter bereits in einem früheren Buch dargelegt hat.

Denn die Gesellschaft des Mutterlands blieb vom Britischen Weltreich insgesamt bemerkenswert unberührt – auch eine Parallele zur oft beklagten Provinzialität weiter Teile der US-Gesellschaft, die Porter allerdings nicht beleuchtet. Das Empire war dabei so instabil und labil, dass der Historiker Paul Kennedy schon vor Jahren das Wort geprägt hat, nicht die Ursachen des Untergangs des Britischen Weltreichs seien die eingehendere Untersuchung wert, sondern die Frage, wie das Reich überhaupt so lange bestehen konnte.

Kapitalismus, ausgreifender Handel und Investitionen, unter dem Banner Free Trade oder Globalisierung, die Rechtfertigung des eigenen Handels mit zivilisatorischen Argumenten – all dies sind Punkte, in denen Porter

Ähnlichkeiten zwischen dem britischen Imperialismus, insbesondere dem des 19. Jahrhunderts, und dem amerikanischen von heute feststellt: Einst sprach der Missionar und Afrika-Entdecker David Livingstone von „Handel und Zivilisation“ in einem Atemzug, heute die US-Außenministerin Condoleezza Rice von „Märkten und Demokratie“.

Es gibt aber auch gravierende Unterschiede: Mit dem daheim weitgehend entmachteten Adel hielt sich Großbritannien eine Klasse von fähigen Administratoren, deren paternalistische Instinkte und verhältnismäßig häufig anzutreffender Respekt vor anderen Kulturen sie allerdings in Konflikt mit den „free tradern“ brachte. Die USA scheinen dagegen unwillig und schlecht gerüstet für direkte Ausübung von Fremdherrschaft und -Verwaltung, wie Paul Bremers ein Jahr währende „Vizekönigschaft“ im Irak 2003/04 gezeigt hat.

Eine noch bedeutendere Differenz besteht im amerikanischen Sendungsbewusstsein – ein ausgeprägter ideologischer Aspekt, der laut Porter auf eine Nähe zum napoleonischen oder sowjetischen Reich verweist. Die USA propagieren heute, wie es im neokonservativen „Projekt für ein Neues Amerikanisches Jahrhundert“ hieß, nicht mehr nur ihre Interessen, sondern Prinzipien weltweit. Hinzu kommen die Schubkräfte, die 9/11 ausgelöst oder ermöglicht hat, sowie die historisch einmalige Hegemonie der USA. All dies transzendiert den britischen Imperialismus, und Porter spricht daher vom „Superempire“ – das aber womöglich ähnliche Anfälligkeiten hat wie das britische Empire vor hundert Jahren.

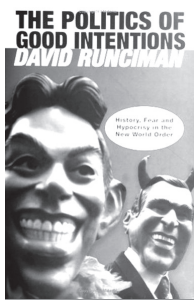
Dabei ist es ungleich stärker zum Erfolg verdammt: Wenn Internationalismus ausgeschlossen ist, bleibt, abgesehen vom imperialen Kollaps, nur

der Sieg des liberalen Imperialismus, in dem die Welt nur noch aus Demokratien besteht, die gemäß der Idee vom „democratic peace“ nicht länger gegeneinander Krieg führen, oder aber der Zustand eines permanenten militärischen Imperialismus. Oder das Rad der Geschichte dreht sich weiter, und die Zeichen stellen sich auf „internationalen Imperialismus“ – auch der ist nichts Neues: Ramsey MacDonald, der später, 1926, der erste Labour-Premierminister Großbritanniens wurde, plädierte zur vorletzten Jahrhundertwende leidenschaftlich für einen solchen.

Gute Absichten

Der Cambridger Politologe und Publizist David Runciman betrachtet die Gegenwart – fokussiert auf den britischen Premierminister Tony Blair – in seinem Buch „The Politics of Good Intentions“ ebenfalls in diversen historischen Perspektiven, nur leider nicht immer so erhellend wie Porter. Was einmal zupackende Essays und Aufsätze für die *London Review of Books* waren, ist, zur Buchform ausgebaut, oft überladen geraten. Auf eigentümliche Weise ist das Niveau, auf dem David Runciman Blairs Rechtfertigungsrhetorik auseinander nimmt, dem Gegenstand beinahe schon unangemessen.

Runciman spricht Blair – und Bush – nicht grundsätzlich „gute Absichten“ ab, kritisiert aber nachhaltig die Folgen eben jener wohlmeinenden Politik und deren Legitimationen, mit denen sich vor allem der britische Premierminister, aber auch der US-Präsident, von den Konsequenzen ihres Tuns, ja von dem bloßen Erwägen solcher abkoppeln. Der Autor sieht daher dennoch Scheinheiligkeit und das Messen mit zweierlei Maß am Werk, zum Beispiel in der zuge-spitzten Rhetorik von der „existenzi-



David Runciman: *The Politics of Good Intentions. History, Fear and Hypocrisy in the New World Order.* Princeton University Press, Princeton/NJ und Oxford 2006. 211 Seiten, £ 18,95.

ellen Gefahr“, die letztendlich jedes Handeln rechtfertigen kann, oder in der von Blair oft wiederholten Behauptung, die Anschläge vom 11. September 2001 hätten „alles verändert“ – ohne es widersprüchlich zu finden, dennoch weiterhin Analogien beispielsweise zu Hitler und Nazi-Deutschland zu bemühen.

All dies wird äußerst detailliert und vor dem Hintergrund weit gefächerter historischer und politikwissenschaftlicher Kenntnisse vorgetragen, überzeugt dennoch nicht immer restlos. Manche von Runcimans historischen Analogien sind wenn nicht krude, so doch unsinnig und eher assoziativ: Der Nachkriegs-Irak hat mit dem Deutschland der Weimarer Zeit ebensowenig zu tun wie mit dem Deutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs – ein unhistorischer Vergleich, den sowohl Rice als auch der frühere britische Außenmi-

nister Jack Straw angestrengt haben. Und Gedankengängen, die in kurzer Abfolge den Bogen spannen von Blair zu Max Webers Vorlesung „Politik als Beruf“ vom Januar 1919 und einzelnen Begebenheiten in Kurt Eisners bayerischer Räterepublik, über eine sich angeblich selbstkasteiende deutsche Gesellschaft nach dem Ersten Weltkrieg bis zu dem ebenfalls für Selbstzüchtigung bekannten britischen Premierminister im 19. Jahrhundert, William Gladstone, verweigert ein zunehmend irritierter Leser irgendwann die Gefolgschaft.

Dennoch demonstrieren beide Bücher eine Einsicht, die die politische Literatur heute des Öfteren vernachlässigt: dass nämlich nur mit dem Wissen um die Vergangenheit zu verstehen ist, was heute in der Welt geschieht.

Henning Hoff, geb. 1970, arbeitet als Korrespondent in London.